



Wie schätzen Sie die derzeitige Situation der Kinderbetreuung in Wiesbaden ein?

Kurz gesagt: Gut, aber trotzdem ausbaufähig. Die Stadt hat in den letzten zehn Jahren große Fortschritte gemacht. Dennoch liegt noch ein weiter Weg vor uns. Insbesondere die erfreulich hohen Geburtenzahlen, der weitere Zuzug nach Wiesbaden sowie die zu erwartenden Flüchtlingskinder werden uns in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen stellen.

Was sind für Sie die drängenden Ziele und Themen bezüglich eines familienfreundlichen Wiesbadens, die Sie verfolgen möchten?

Wir wollen mehr Naherholungsgebiete schaffen, die auch besonders von jungen Familien genutzt werden können. Das höchste Entwicklungspotential hat dabei für uns der Rheinstrand, den wir durchgängig zu einer attraktiven Promenade entwickeln wollen.

Bei städtischen Angeboten muss die Preisstruktur für Besuche mit der ganzen Familie noch attraktiver gestaltet werden.

Auch bei der Unterstützung junger Eltern mit dem ersten Kind sehen wir Verbesserungspotential des Beratungsangebots.

Wir wollen Wiesbaden so gut es geht barrierefrei gestalten. Dies kommt auch Familien zugute, z.B. wenn der Kinderwagen nicht mehr die Treppe hochgetragen werden muss.

Wir wollen ein Gebührenmoratorium bis 2021. Das bedeutet, dass bis dahin die städtischen Gebühren nicht stärker als die Inflation steigen dürfen. Damit würden die immer weiter steigenden Wohnnebenkosten eingedämmt werden und Familien finanziell entlastet werden.

Mit unserem Ziel, den Sanierungsstau – auch durch den Verkauf nicht benötigter städtischer Grundstücke – schnell abzubauen, wollen wir dafür sorgen, dass Kinder nach der KiTa auch in eine Schule, in denen sie die nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen beste Bildung erhalten.

Wie stellen Sie sich die Neugestaltung der Gebührensatzung vor?

In einem ersten Schritt wollen wir zur Situation vor der Gebührenerhöhung 2012 zurück. Diese sollte den städtischen Haushalt entlasten, hatte jedoch nachweislich nur zur Folge,

dass die Kosten für viele Eltern gestiegen sind, während die Stadt die Mehreinnahmen für Beitragszuschüsse an andere Eltern wieder ausgeben musste.

Zur Rückerstattung von KiTa-Gebühren (auch, weil unsere Positionierung während der Podiumsdiskussion offensichtlich nicht so deutlich geworden ist): Für uns ist ganz klar, dass die Stadt - bei einem erneuten Streik - die Betreuung sicherstellen muss oder die Gebühren für den betreffenden Zeitraum zurückerstatten muss. Dies steht bisher leider nicht in der Gebührensatzung und muss ergänzt werden.

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat dem Antrag im Stadtparlament auf die Rückzahlung nicht zugestimmt. Die Fraktion hat sich in dieser Frage juristischen Rat eingeholt, der zum Schluss kam, dass eine Rückzahlung der Gebühren nicht möglich sei, weil diese Möglichkeit in der Satzung nicht eingeräumt wird. Die Lösung kann daher nur in einer schnellstmöglichen Aufnahme einer solchen Klausel in die Gebührensatzung sein.

**Wie positionieren Sie sich zum Thema Fachkräfteeinsatz in den städtischen KiTas?
Was wollen Sie tun, um den Fachkräftemangel und den häufigen Personalwechsel in den städtischen KiTas zu bekämpfen?**

Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels sind viele Probleme zu lösen. Zum einen muss Quereinsteigern die Ausbildung erleichtert werden, ohne dass die Qualität sinkt. Quereinsteiger bringen viele Erfahrungen (häufig bereits in der Arbeit mit Kindern) mit, dies muss bei der Ausbildung honoriert werden. Auch auf die Aktivierung der sogenannten "stillen Reserve" sollte durch die Jobcenter höheres Augenmerk gelegt werden.

Bereits bei der Diskussion hatte ich ja bereits auf die Möglichkeit zusätzlicher Anreize nicht-monetärer Art hingewiesen. Da es dabei zu einigen Missverständnissen kam, möchte ich dies hier noch einmal genauer beschreiben. Finanzielle Möglichkeiten bewegen sich immer in dem Spagat der attraktiven Vergütung und der finanziellen Entlastung für Familien. Wenn Unternehmen händierend eine Fachkraft brauchen, werden sie diese Person nach erfolgreicher Suche über finanzielle Aspekte hinaus unterstützen und positive Anreize schaffen. Kommen Interessenten aus anderen Städten, erhalten sie z.B. Unterstützung bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach Schulplätzen für Kinder oder auch bei der Arbeitsplatzsuche für den Lebenspartner. Im Bereich der KiTas könnte über die vergünstigte oder kostenlose Betreuung des eigenen Kindes nachgedacht werden. Eine derartige „Willkommenskultur“ gibt es im öffentlichen Dienst derzeit nicht, weswegen der Kampf um die klügsten Köpfe auch meistens verloren wird. Hier muss ein Umdenken stattfinden, um die in ganz Deutschland gesuchte Erzieher gezielt nach Wiesbaden zu locken. Gerade in sozialen Berufen spielen neben der Bezahlung eine Vielzahl anderer Gründe die ausschlaggebende Rolle für die Berufswahl, welche bei der Ausgestaltung einer offenen Stelle berücksichtigt werden müssen.

Wenn Eltern ihr Kind in die Obhut der KiTa geben müssen, sie sich darauf verlassen können, dass sich um ihr Kind gesorgt wird. Gleichzeitig soll jedes Kind die bestmögliche Betreuung erhalten. Diese wird u.a. durch eine fachgerechte und anspruchsvolle Ausbildung der Mitarbeiter/innen in der KiTa sichergestellt. Den Einsatz von fachfremdem Personal lehnen wir daher ab.

Lucas Schwalbach - schwalbach@julis.de - 0171/3064393

Sebastian Rutten – sebastian.rutten@fdp-wiesbaden.de - 0611/374303

Haben Sie konkrete Pläne zur weiteren bedarfsgerechten Gestaltung der Öffnungszeiten?

Wir wollen in Wiesbaden einen 24 Stunden am Tag geöffneten Kindergarten erproben. So soll es ermöglicht werden, dass auch Eltern, die außerhalb des klassischen Zeitfensters von 9 -17 Uhr arbeiten, die Möglichkeit einer Betreuung ihrer Kinder in der KiTa erhalten. Die Anzahl der betreuten Stunden soll sich allerdings an der derzeitigen Maximalstundenzahl orientieren.

Wichtig bleibt für uns die Sicherstellung eines angemessenen Angebots in den Tagesrandzeiten sowie während der Ferien. Letztlich bleiben die Eltern und Kinder die Nutzer des Angebots. Deswegen müssen sich auch die Öffnungszeiten an deren Bedürfnissen orientieren.

Wie stellen Sie sich eine Veränderung des Personalschlüssels vor?

Der bisherige Personalschlüssel ist nicht perfekt, aber praktikabel. Wir sind für ein optimales Verhältnis zwischen Fachpersonal und betreuten Kindern. Einen Fachkräftemangel lösen wir nicht dadurch, dass wir neue Schlüssel auf ein Papier schreiben, das notwendige Personal aber nicht in gleicher Zahl verfügbar ist. Hierfür ist vorrangig die Attraktivität des Arbeitsplatzes zu verbessern. Vor einer Veränderung des Personalschlüssels müssen zudem ausreichend Betreuungsplätze für alle Kinder bereitstehen. Es hilft nämlich wenig, wenn die Betreuung immer besser und individueller wird, aber nur ein Teil der Kinder in diesen Genuss kommt.

Welche konkreten Maßnahmen werden in den kommenden Jahren ergriffen, um die Qualität in den städtischen Kindergärten zu verbessern?

Wir wollen gemeinsam mit dem Land Hessen die Grundlagenforschung im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Sprachförderung stärken, um so die Betreuung auf hoher Qualität zu halten und Betreuung nach den modernsten Methoden sicherzustellen. Sofern dies von den Eltern der jeweiligen KiTa gewollt ist, wollen wir die Eltern auch in außercurriculare Aktivitäten einbinden.

Gleichzeitig setzen wir auf eine Budgetunabhängigkeit der KiTas, damit diese ihr Profil schärfen und ihre Mittel zielgerichteter ausgeben können (mehr unter Entwicklungsbedarf).

Wie stellen Sie sich die Integration von Flüchtlingskindern in den städtischen KiTas vor?

Bisher besuchen ausländische Kinder seltener KiTas als deutsche Kinder. Kultureller Austausch und Verständnis füreinander beginnen aber schon in den ersten Lebensjahren. Daher muss in den kommenden Jahren der Aspekt der kultursensiblen und integrierenden Betreuung zunehmend in den Fokus genommen werden, um schon in der frühkindlichen Betreuung kulturelle Bedürfnisse der Familien angemessen berücksichtigen zu können und um kulturelles Miteinander statt kulturellen Wettbewerb zu vermitteln.

Wir sind überzeugt, dass ohne ausreichende Sprachkenntnisse eine erfolgreiche Integration nur sehr schwer möglich ist. Ohne vernünftige Sprachkenntnisse ist auch eine erfolgreiche

Lucas Schwalbach - schwalbach@julis.de - 0171/3064393

Sebastian Rutten – sebastian.rutten@fdp-wiesbaden.de - 0611/374303

Schullaufbahn nicht möglich. Gerade dort, wo diese Sprachkenntnisse nicht über das Elternhaus vermittelt werden können, muss dies bereits im Kindergarten geschehen, damit die Kinder nicht mit zu großen Defiziten in ihre Grundschulzeit starten müssen.

Deswegen wollen wir allen Flüchtlingskindern die Möglichkeit geben, eine KiTa zu besuchen. Dies führt natürlich zu einem weiteren Anstieg des Betreuungsplatzbedarfs. Der Ausbau muss daher weiter fortgeführt werden. In der Zwischenzeit kann dies allerdings dazu führen, dass deswegen mehr Kinder eine KiTa besuchen als ursprünglich angedacht. Dies kann keine Dauerlösung sein, ist aber ein notwendiger Kompromiss aus allen zusammenfallenden Interessen.

Welche Vorstellungen gibt es, um Eltern zu entlasten?

Langfristig wollen wir in der Lage sein, allen Eltern in Wiesbaden einen kostenlosen Ganztagsplatz in der Ü3-Betreuung anzubieten. Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch, dass dies ohne politischen Willen und monetäre Mittel des Landes nicht umsetzbar ist. Wir werden an dieser Stelle weiter Druck auf die Landesebene ausüben.

Wir wollen das Angebot für Familien und Kinder zusammenfassen, um es für Familien einfacher erreichbar zu machen. Hier bietet sich das Modell von Familienzentren an, die an Kindertagesstätten gekoppelt werden. Diese bündeln Beratungs- und Hilfsangebote für Familien, können Tagespflegepersonen vermitteln und qualifizieren und bieten Sprachfördermaßnahmen auch für Kinder an, die keine reguläre Einrichtung besuchen. Mit den Familienzentren soll ein niedrigschwelliges Angebot an Beratung, Bildung, Information und Hilfe für Familien in verschiedenen Lebensphasen und Problemlagen geschaffen werden.

Wo sehen Sie den größten Entwicklungsbedarf?

Angesichts des hohen Anteils von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund und ausbildungsferner Schichten muss die Sprachförderung zukünftig höheren Stellenwert genießen. Auch die Förderung interkultureller Kompetenzen ist gleichermaßen wichtig. Die Entwicklung kindgerechter Konzepte für die Bildung im vorschulischen Bereich erfordert eine enge Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen im Hinblick auf eine optimale Vorbereitung auf den Schuleintritt. Entscheidend aber ist eine frühzeitige Information und Einbindung der Eltern während der Kindergartenzeit. Mit einem Elternführer, der auch im Internet bereitgestellt werden sollte, sind die pädagogischen Konzepte und sonstigen Angebote der Kindertagesstätten sowie ihre Zusammenarbeit mit den Grundschulen darzustellen. Auf diesem Wege können erfolgreiche Konzepte transparent gemacht werden.

Das Angebot, insbesondere für Krippenplätze, ist weiter auszubauen. Der große Bedarf an vorschulischen Betreuungsangeboten kann allerdings nicht nur durch öffentliche Einrichtungen gedeckt werden, vielmehr ist die Einrichtung privater Krippen und Kitas zu fördern. Solche Einrichtungen scheitern allerdings oftmals nicht am Geld, sondern an überzogenen staatlichen Vorschriften.

Lucas Schwalbach - schwalbach@julis.de - 0171/3064393

Sebastian Rutten – sebastian.rutten@fdp-wiesbaden.de - 0611/374303

Daher wollen wir auch mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, bei der Kinderbetreuung Verantwortung zu übernehmen. In anderen Gemeinden gibt es bereits Projekte, in denen sich benachbarte Unternehmer genossenschaftlich zusammenschließen, um die Trägerschaft für eine KiTa zu übernehmen. Der Betrieb selbst wird dann von einem der klassischen Kinderbetreuungsträger geführt. So kann die Stadt ihre Investitionsmittel in den eigenen KiTas bündeln, während Unternehmen die Möglichkeit erhalten, im Wettbewerb um die klügsten Köpfe ein tolles Angebot machen zu können.

Gleichzeitig wollen wir auch die städtischen KiTas in die Eigenverantwortung entlassen. Die „selbständigen KiTas“ bleiben dabei in der Trägerschaft der Stadt, können aber über ihr gesamtes Budget frei entscheiden.

Welchen Stellenwert geben Sie Fragen der Kinderbetreuung im Vergleich zu anderen kommunalpolitischen Handlungsfeldern?

Wir Freien Demokraten setzen auf jedes Kind, mit allen seinen individuellen Eigenschaften, Talenten und Fähigkeiten. Dafür ist eine möglichst frühe, gezielte und individuelle Förderung entscheidend.

Unser Motto lautet deswegen: Kindergärten zu Bildungsgärten. Frühkindliche Erfahrung und auch die damit spielerisch gewonnene Bildung sind für unser erklärtes Ziel der Chancengerechtigkeit sehr wichtig. Nur so werden wir der Einzigartigkeit jedes Kindes gerecht. Daher haben wir dies auch in unserem Kommunalwahlprogramm so verankert.

Um unser Versprechen mit Leben zu füllen, werden wir in zukünftigen Haushaltsberatungen den Punkten Bildung und Infrastruktur oberste Priorität einräumen. Wir werden den gesamten Haushalt von neu auf planen und die Mittel der Stadt zuerst in Ausbau und Unterhalt des Betreuungsangebots, den Schulbau und den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur investieren. Erst danach können andere Projekte angegangen werden.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen jederzeit per Mail oder telefonisch zur Verfügung.



Lucas Schwalbach



Sebastian Rutten